

Das Ende der alten Weltordnung Putins Angriff auf die Ukraine beendet die Hoffnung des Westens auf ein gemeinsames »Wir« der Menschheit.

Von Herfried Münkler

Bis zuletzt haben viele westliche Politiker geglaubt, sie könnten mit einer Mischung aus Verhandlungsangeboten und Sanktionsdrohungen den russischen Präsidenten Putin von einem Großangriff auf die Ukraine abhalten. Tatsächlich hat der Westen den Russen auf diese Weise die Möglichkeit verschafft, sich auf die angekündigten Sanktionen einzustellen, große Kapitalreserven vor dem Einfrieren in Sicherheit zu bringen und knappe Güter in großem Stil aufzukaufen. Bis zuletzt hat Putin die Optionsvielfalt und Eskalationsdominanz, die er sich gegenüber der Ukraine und dem Westen verschafft hatte, voll ausgenutzt und beide einem Wechselbad aus der Hoffnung auf eine Verhandlungslösung und brutaler Kriegsdrohung ausgesetzt. Am Donnerstag hat er dann gezeigt, worum es ihm tatsächlich von Anfang an ging: um die gesamte Ukraine und die Beendigung ihrer politischen Selbstständigkeit.

Seit dem Tag stellt sich also nicht mehr die Frage, ob mit der wenige Tage zuvor verkündeten De-facto-Annexion der Gebiete von Luhansk und Donezk der russische Hunger vorerst gesättigt sein könnte oder ob es sich dabei nur um einen ersten Schritt bei einer langfristig angelegten Erweiterung der russischen Einflusszone handle. Putin hat sich durch den Westen nicht beeindruckt lassen. Im Westen muss man sich nun fragen, ob nicht womöglich doch die Festschreibung einer dauerhaften Neutralität der Ukraine, also ihre »Finnlandisierung«, die bessere Entscheidung gewesen wäre, nachdem man sich nicht dazu entschließen konnte, die Ukraine unter den eigenen Schutzmantel zu nehmen und auf einen russischen Angriff auf das Land so zu reagieren, als handelte es sich um einen Angriff auf Nato-Territorien. Es gab gute Gründe dafür, dass man das nicht getan hat. Beides zusammen, die Ablehnung der Finnlandisierung und der Verzicht darauf,

die Ukraine als Nato-Gebiet zu behandeln, ergibt nur einen Sinn, wenn man das Worst-Case-Szenario prinzipiell ausblendete und darauf vertraute, die Drohung mit einem Wirtschaftskrieg könne einen heißen Krieg verhindern. Das war nicht der Fall, und diese Fehl kalkulation zwingt den Westen dazu, seine strategischen Kalkulationen prinzipiell zu revidieren und sich auf eine grundlegend andere Weltordnung einzustellen.

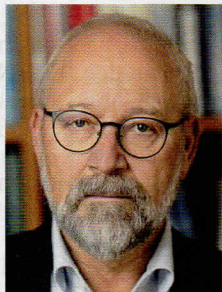
In den Analysen der jüngsten Entwicklungen ist häufig davon die Rede, wir hätten es mit einem »Kalten Krieg 2.0« zu tun. Historische Analogien sind in Zeiten der Ungewissheit beliebt, weil sie Orientierungsvorgaben liefern. Diese können freilich eher richtig oder ziemlich falsch sein, und bei »Kaltem Krieg 2.0« ist Letzteres der Fall. Nicht nur, weil wir es inzwischen mit einem heißen Krieg in Europa zu tun haben. Der Kalte Krieg von 1949 bis 1989 war in Europa auf von beiden Seiten anerkannten Einflussgebieten begründet. Weil klar war, dass jeder Versuch, in das Einflussgebiet der anderen Seite einzudringen, sofort zu einem heißen Krieg führen würde, beschränkte man sich darauf, Oppositionsbewegungen auf der anderen Seite nur zurückhaltend und vorsichtig zu unterstützen, wohlwissend, dass diese aus eigener Kraft nicht in der Lage sein würden, die Macht zu übernehmen und einen bündnispolitischen Wechsel zu vollziehen. Das war das politische Agreement, auf dessen Grundlage der Kalte Krieg ein kalter Krieg blieb.

Das ist inzwischen anders: Die Einflussgebiete verändern sich ständig, sei es durch den Ausgang von Wahlen oder den Sturz einer Regierung, wie das bei den sogenannten Farbenrevolutionen in Belgrad, Tiflis und Kiew der Fall war, oder sei es durch wirtschaftliche Annäherung an eine Seite, durch wachsende Furcht vor einer Bedrohung durch die andere Seite oder gar durch den Einsatz

von Militär. Man kann den Sturz russlandaffiner Regierungen in Serbien, Georgien und der Ukraine als Bestandteil der sich seit 1989 rasch ausbreitenden Demokratisierungswellen in Mittelost- und Osteuropa begreifen. Aber ebenso kann man darin auch einen Verlust von russischen Einflussgebieten sehen, also ein Schrumpfen russischer Macht, dessen Fortgang Putin nun unter allen Umständen blockieren will. Letzten Endes geht es für ihn darum, ein Ausscheiden Russlands aus dem Kreis der großen Akteure zu verhindern.

Als US-Präsident Barack Obama erklärte, Russland sei nur noch eine Regionalmacht, verstand man das in Moskau als geopolitisches Resümee fortwährenden Einflussverlusts. Vom Kaukasuskrieg des Jahres 2008, in dessen Folge Russland die zuvor zu Georgien gehörenden Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anerkannte, über die Intervention in den syrischen Bürgerkrieg, die Annexion der Krim und die Schaffung der Separatistengebiete im Donbass, dazu den Einsatz einer Söldnertruppe in den Kriegen Nordafrikas bis hin zum Eingreifen in Kasachstan und zum Einmarsch in die Räume um Donezk und Luhansk zielte Putins Politik durchweg auf die Wiedergewinnung alter und die Schaffung neuer Einflussgebiete ab. Betrachtet man diese lange Linie, so war es naiv zu glauben, Donezk und Luhansk hätten der Endpunkt dessen sein können.

Nun ist die Herstellung und Sicherung von Einflussgebieten ein klassisches Instrument staatlicher wie imperialer Machtpolitik; insofern ist es nicht überraschend, dass Putin sich dieses Instruments bedient; erstaunlich ist eher, dass der Westen davon überrascht ist. Es gehört zur historischen Erinnerung der Europäer, dass das Ringen um Einflussräume immer wieder zu Kriegen geführt hat, die dann keineswegs auf



Andreas Peinl/epif

Münkler, Jahrgang 1951, ist Professor am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch«.



Maxim Shimakov / AP

die beanspruchten Einflusszonen beschränkt blieben, sondern große Teile des Kontinents in Brand setzten. Die Verwandlung von Einfluss- in Pufferzonen, also die Neutralisierung des Einflusses großer Mächte auf den sie trennenden Zwischenraum, war ein Mittel zur Entschärfung der Kriegsgefahr. Als Stabilisierungselement spielte das auch in der Zeit des Kalten Krieges – komplementär zur erwähnten Festschreibung von Einflusszonen – eine wichtige Rolle: in Skandinavien mit Finnland und Schweden und in Südosteuropa mit Österreich und Jugoslawien. Aber mit dem Ende der Einflusszonen zwischen 1989 und 1991 lösten sich auch diese Pufferzonen auf, und es setzte sich die Vorstellung durch, jedes Land könne nach dem Mehrheitswillen der Bevölkerung frei über seine Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis oder einer Wirtschaftsgemeinschaft entscheiden.

Dass diese Beweglichkeit Unruhe und Instabilität nach sich ziehen würde, war absehbar. Im Westen setzte man jedoch darauf, dass die alte Idee von Einflusszonen in einer regelbasierten und auf gemeinsamen Werten begründeten Weltordnung an Bedeutung verlieren würde. Dabei stützte man sich auf die Erfahrungen, die Westeuropa mit dem Projekt wirtschaftlicher Integration gemacht hatte, und setzte darauf, dass sich derlei auch im globalen Rahmen realisieren lasse. So sollten Nullsummenspiele,

also Konstellationen, in denen der Gewinn des einen der Verlust eines anderen ist, in Win-win-Verhältnisse verwandelt und Konfrontation in Kooperation überführt werden. Welche Vorteile das hatte, ließ sich am Beispiel Westeuropas darstellen. Und wo doch noch Konflikte auftauchten, sollten sie durch internationale Schiedsgerichte geklärt werden. In dieser »neuen Weltordnung«, die indes ein Work in progress blieb, spielten Nichtregierungsorganisationen als Beobachter der Werteeinhaltung eine beachtliche Rolle; sie vor allem waren es, die das gemeinsame »Wir« der Menschheit gegenüber den spezifischen Interessen der Nationalstaaten ins Spiel brachten.

Dieses große, auf die Bearbeitung gemeinsamer Menschheitsaufgaben abzielende Projekt ist gescheitert. Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist das Ausrufezeichen hinter diesem Scheitern. Ein anderes, vielleicht noch größeres Ausrufezeichen ist freilich die resignative Unentschlossenheit des Westens gegenüber einem Russland, das alle Regeln übertritt und sämtliche Werte missachtet. Der Westen war eben nicht bereit, einen großen Krieg zu riskieren, um die Beachtung der Regeln und den Respekt vor den Werten zu erzwingen. Dieses Zurückweichen hatte in Anbetracht der damit verbundenen Eskalationsrisiken gute Gründe. Tatsächlich ist hier aber über mehr entschieden worden als nur über die politische Zu-

Kriegsdenkmal in Russland: Es war naiv zu glauben, Donezk und Luhansk hätten der Endpunkt sein können

Die neue Ordnung? Ein permanenter Kampf um Einflussgebiete und die ständige Furcht vor einem großen Krieg.

kunft der Ukraine; das Projekt einer regelbasierten und wertebundenen Weltordnung ist damit verabschiedet worden. Der Westen hat sich, um es zu pointieren, auf die Sicherung seines eigenen Einflussgebiets zurückgezogen. Das zeigt sich in der Dislozierung seiner militärischen Kräfte an der Ostgrenze der Nato – aber keinen Schritt darüber hinaus.

Die Ablösung einer globalen Ordnung durch eine Ordnung räumlich begrenzter Einflussgebiete hat viele Gründe, und das russische Agieren ist nur einer davon. Eine regelgebundene und wertorientierte Ordnung braucht einen Hüter, der mithilfe von Sanktionen und Gratifikationen dafür sorgt, dass diese Ordnung auch eingehalten wird. Ein solcher Hüter wäre im Prinzip die Weltorganisation der Vereinten Nationen gewesen, aber die war von Anfang an zu schwach, um diese Aufgabe zu übernehmen.

So traten die USA an ihre Stelle. Abgesehen davon, dass die sich bei der Verfolgung der Hüteraufgaben als wenig trittsicher erwiesen und mit Interventionen mehr Schaden anrichteten als Nutzen stifteten, brachte die US-amerikanische Übernahme der Hüterrolle China und Russland dazu, erst auf Distanz und dann in Widerstand zu dieser Weltordnung zu gehen: anfangs, indem beide Mächte auf ihrer Souveränität bestanden und sich jede Einmischung in ihre »inneren Angelegenheiten« verbat, und dann durch die Schaffung von eigenen Einflusszonen – China unter Einsatz von wirtschaftlicher Macht bei der Strategie der »neuen Seidenstraßen«, Russland mit militärischer Macht im Hinblick auf frühere Interessengebiete. Unterdessen verabschiedeten sich die USA in der Ära Trump unter der Parole »America first« von der Hüterrolle. Damit waren die Regeln und Werte der neuen Weltordnung ohne Schutz und Schirm. Putin hat das in dem ihm eigenen Zynismus offengelegt.

Was wir jetzt erleben, ist eine Ordnung, wie wir sie aus der europäischen Geschichte kennen: ein permanenter Kampf um Einflussgebiete und die daraus resultierende ständige Furcht, es könnte bei dieser Konkurrenz zu einem großen Krieg kommen. Der Westen tut gut daran, sich darauf strategisch einzustellen, und zwar so, dass er in Zukunft mehr Optionen bei der Friedenserhaltung hat als nur das Zurückweichen vor jemandem, der aggressiv auftritt, offen mit Krieg droht und ihn auch beginnt. ■